

vermummungswetter

Es ist Sommer, da hüllen viele sich eher in weniger Kleidung als in mehr. Weil das zunehmend auch für die Mund-Nasen-Bedeckung zum Coronaschutz gilt, erwägt Lübeck eine Maskenpflicht für die Fußgängerzone und andere beliebte Orte. Niedrige Infektionszahlen seien „kein Grund, leichtsinnig zu werden“, sagte Bürgermeister Jan Lindenau. Am Montag löst sich das Problem vielleicht von selbst, zumindest zeitweise: In Lübeck ist Regen angesagt – und manch eine:r bleibt vielleicht ganz zu Hause.

Schwarz-weiß-roter Protest in der Oberlausitz

Bei den Sonntagsprotesten an der B96 mischen sich Wutbürger, Durchgeknallte und Nazis

Aus Weigsdorf-Köblitz Michael Bartsch

Es ist ein merkwürdiges Schauspiel, das sich nun bereits seit etlichen Wochen im Osten Sachsens auf der Bundesstraße 96 abspielt. Anfangs ging es in diesem landschaftlich idyllischen Abschnitt der B96 „nur“ gegen die Corona-Schutzmaßnahmen. Mittlerweile fordert Sachsens Innenminister Roland Wöllner (CDU) seinen Verfassungsschutz auf, „genauer hinzuschauen“. Denn es ist kaum mehr zu übersehen, dass die Aufzüge inzwischen von rechten „Protestprofis“ geprägt werden.

So auch an diesem Sonntag: Um zehn Uhr nimmt in Großpostwitz eine Melange aus Wutbürgern, Rechtsextremen, Virusleugnern und Reichsbürgern am Straßenrand Aufstellung. Ein Van mit Görlitzer Kennzeichen, am Heck ein schwarz-weiß-roter Aufkleber, hält und stattdie Demonstranten noch rasch mit „Winkelementen“ aus. Eine Bezeichnung, die alle, die hier stehen, noch von ihren DDR-Mai-demonstrationen her kennen dürften. Mehrfach fahren Kleinbusse lautsprecherdröhnend die Strecke ab. „Stiller Protest an der B96“ steht auf dem Dach eines der Busse, der Pegida entlehnte Slogan „Sachsen zeigt Gesicht“ auf einem anderen. Auch Jugendliche mit den DDR-Kultmopeds von Simson sind unterwegs, tragen T-Shirts in den gelb-blauen Lausitzfarben oder Schilder mit der Aufschrift „Freiheit“ um den Hals.

In Weigsdorf-Köblitz stehen rund 150 Bürger an der Straße, am Ortseingang von Oppach sind es ungefähr 200. Etliche Lausitzfahnen sind zu sehen, auch Deutschlandfahnen, einige verkehrt herum. Vor allem fällt aber das Schwarz-Weiß-Rot des Kaiserreichs und der Nazizeit auf. Auch der NPD-Kreisverband Görlitz-Niederschlesien hat via Facebook zum Protest aufgerufen. Die AfD ist ebenfalls mit dabei.

Immer noch Coronaproteste? „Wer zahlt den Schwachsinn?“, steht auf einem Plakat. Ein Vater, zugleich Elternsprecher in der Schule seiner Kinder, beklagt den lange abgerissenen Kontakt zwischen Schülern untereinander und mit ihren Lehrern. Aber er räumt auch ein: „Inzwischen mischt sich hier alles Mögliche.“

Gegen die Virusfolgen sollen nun Kaiser oder Führer helfen? „Es war in sozialer Hinsicht nicht alles schlecht beim Kaiser“, wendet ein älterer Herr ein. Er glaubt den Medienberichten über die Coronakatastrophe in Italien oder Spanien einfach nicht. „Ob schwarz, weiß oder bunt – es geht immer um das Wohl des Menschen“, versichert er aber seine humanistische Einstellung.

Die darf man bei Anhängern des „Ewigen Bundes“ hingegen kaum voraussetzen, die Zettel mit dem Reichsadler verteilen und behaupten, der deutsche Staat sei seit 1918 handlungsunfähig, wir hätten noch einen rechtmäßigen Kaiser und die Welt befinde sich im Kriegszustand.

Pünktlich wie der Sonntagsgottesdienst schließt der Protest nach einer Stunde. Zehn nach elf sieht die B96 aus wie immer. Nur einer fährt jetzt noch weiter, Jascha Beutler aus dem westfälischen Herne in seinem stromlinienförmigen Tret-Velo. Für seine ganz persönliche Gegendemo hat er „Ihr seid nicht das Volk – Nie wieder!“ auf sein schwarz-gelbes Gefährt geklebt. Es soll ihn über Tschechien bis nach Auschwitz bringen.



„Viel mehr als nur eine politische Vertretung“

Vor 70 Jahren wurde der Zentralrat der Juden gegründet. Damals war noch unklar, ob wieder jüdisches Leben in Deutschland entstehen würde, sagt Rabbiner Andreas Nachama

Interview Dinah Reese

taz: Herr Nachama, der Zentralrat der Juden feiert in diesen Tagen sein 70-jähriges Bestehen. Er wurde am 19. Juli 1950 in Frankfurt am Main gegründet. Was bedeutet dieses Jubiläum für die Jüdinnen und Juden in Deutschland?

Andreas Nachama: Der Begriff „Zentralrat“ kommt immer etwas abgehoben daher: Letztlich wird der Bundesverband der jüdischen Gemeinden 70 Jahre alt. Es ist kein Zentralrat, der für sich selbst existiert, sondern er lebt von den Delegierten aus den Landesverbänden und den Gemeinden – und damit am Ende eben von den rund 100.000 Juden in diesen Gemeinden.

Und was bedeutet es für das Land insgesamt?

Es ist schon ein bedeutendes Jubiläum. Damals war nicht klar, ob es in Deutschland dauerhaft wieder jüdisches Leben geben würde oder ob die wenigen Gemeinden nur „Liquidationsgemeinden“ waren, die bestehen sollten, bis alle Juden ausgewandert sind. Die erste jüdische Zeitschrift in Berlin nach dem

ehemaligen Sowjetunion kamen. Der Zentralrat ist heute ein Abbild der Gemeinden in der Bundesrepublik und nicht mehr wie damals der Verband einer bestimmten Strömung mit einer bestimmten Haltung.

Im Zentralrat sind verschiedene jüdische Strömungen vereint – die Orthodoxe Rabbinerkonferenz (ORD) ebenso wie die liberalere Allgemeine Rabbinerkonferenz (ARK). Wie kann man sich da die Zusammenarbeit vorstellen?

Natürlich haben wir unterschiedliche Positionen. Aber man kann trotzdem zivilisiert miteinander umgehen. Und dafür ist der Zentralrat das richtige Dach. Bei den Verhandlungen mit der Bundesregierung über Militärrabbiner vor einiger Zeit etwa war ganz klar, dass der Zentralrat dafür eintritt, dass beiden Organisationen die gleiche Anzahl an Rabbinern und Mitarbeitern zukommt.

Für die Politik ist der Zentralrat oft die Anlaufstelle, wenn es um die jüdische Position zu etwas geht. Wie kommt ein so diverses Organ zu einer einheitlichen Stimme?

tische Wort ist das, was in der Zeitung steht und den Zentralrat nach außen wichtig macht. Nach innen, für die Gemeindeglieder, zählt, dass sie ihre Kinder in Sommer- und Wintercamps schicken können, dass es Kulturveranstaltungen gibt und vieles mehr.

Vor 70 Jahren ging es um den Wiederaufbau jüdischen Lebens in Deutschland. Und heute?

Eine der großen Herausforderungen ist es, die neuen Formen des Rechtsradikalismus und Antisemitismus politisch zu bekämpfen. Das ist natürlich auch Aufgabe der Politik. Aber es ist noch mal etwas anderes, eine Stimme zu haben, die von innen heraus spricht. Denken Sie nur, als man damals bei der Antisemitismuskommission im Deutschen Bundestag vergessen hatte, jüdische Mitglieder zu benennen. Es ist wichtig, dass das nicht nur Journalisten bemängeln, sondern dass es eine jüdische politische Stimme gibt, die sagt: So geht es nicht.

Umfragen zu Antisemitismus zeigen, dass viele Menschen der Meinung sind, jüdi-

Doch vielleicht fühlt man sich nicht davon vertreten. Ich muss aber sagen: Wer sich ärgert und Dinge anders will, der muss sich einbringen und Veränderung voranbringen. Der Zentralrat hat nicht den Anspruch, für alle jüdischen Menschen in Deutschland zu sprechen – er spricht für die in den Gemeinden.

Was ist mit den anderen? In Deutschland lebende Israelis sind selten in Gemeinden organisiert, genau wie Menschen, die einen jüdischen Vater haben, aber keine jüdische Mutter, und deswegen gerade aus Sicht der Orthodoxen nicht als jüdisch gelten.

Junge Israelis, die sich gar nicht als religiöse Juden sehen, müssen doch nicht in eine Gemeinde eintreten. Warum auch? Dass es verschiedene Haltungen gibt, gehört in einer offenen Gesellschaft doch dazu. Ins Gespräch zu kommen, ist natürlich immer gut. Das macht der Zentralrat heute ja auch, anders als in den 1970er oder 1980er Jahren, da war er tatsächlich sehr vernagelt.

Kürzlich gab es mit dem Ge-

Andreas Nachama
68 Jahre alt, ist Historiker, Publizist, Rabbiner und Vorsitzender der Allgemeinen Rabbinerkonferenz. Von 1997 bis 2001 war er Direktoriumsmitglied des Zentralrats sowie Vorstandsvorsitzender der Jüdischen Gemeinde von Berlin. Bis Ende 2019 war er geschäftsführender Direktor der Stiftung Topographie des Terrors.
Foto: Wolfgang Borrs



Krieg hieß *Der Weg* – von hier nach irgendwo. Dann gab es die anderen Stimmen, meine Mutter etwa, die sagte: Ich bin doch nicht da, um Hitlers Testament zu erfüllen und Deutschland „judenrein“ zu machen. Welche dieser Überlegungen sich durchsetzen würde, war erst später klar. Aber dieser Zentralrat wurde ein ganz anderes Organ als sein Vorgänger in der Weimarer Republik.

Inwiefern?
Die Vorgängerorganisation hieß Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. So haben sich viele Juden im Nachkriegsdeutschland nicht mehr gesehen. Viele waren auch einfach keine deutschen Staatsangehörigen. Deshalb hat schon die Namensgebung Juden in Deutschland – egal, ob sie deutsche oder polnische Staatsbürger sind oder, wie viele Menschen nach der Wende, aus der

Ich kann aus meiner Zeit im erweiterten Vorstand sagen: Schon damals war klar, dass man von der Politik nur dann wahr- und ernst genommen wird, wenn man nach außen abgestimmt spricht. Es wäre ja peinlich, wenn sich öffentlich alle widersprechen. Wenn man mitendrin sitzt, weiß man manchmal gar nicht, wie das gehen soll. Letztlich findet man sich irgendwie zusammen. Mal mit mehr Schmerzen, mal mit weniger.

Sie kennen den Zentralrat seit vielen Jahren, von innen und von außen. Wie hat er sich über die Jahrzehnte verändert?

Der Zentralrat ist heute viel mehr als nur eine politische Vertretung. Mit all seinen Institutionen – den Rabbinerkonferenzen, der Zentralwohlfahrtsstelle, der Akademie, die in Frankfurt am Main entsteht – ist er viel mehr auch eine Serviceorganisation für die Gemeinden. Das poli-

sche Menschen redeten zu viel über Antisemitismus und Holocaust. Sehen Sie die Gefahr, dass der Zentralrat als politische Stimme auf dieses Thema reduziert wird?

Diese Gefahr besteht immer – aber das liegt nicht an den Juden, sondern an den Antisemiten. Wer hätte sich denn gewünscht, dass wir letztes Jahr an Jom Kippur nicht über Jom Kippur sprechen, sondern über den antisemitischen Anschlag in Halle? Das ist ein Spiegelbild der schwierigen Situation, in der wir nun mal gerade sind.

Es gibt in Deutschland mehr jüdische Menschen, als es Gemeindeglieder gibt. Welche Rolle spielt der Zentralrat für die?

Das ist wohl ähnlich wie bei christlich geprägten Menschen, die nicht Kirchenmitglied sind: Was die jeweiligen Institutionen sagen, spielt gelegentlich eine Rolle, weil man es wahrnimmt.

meindebarometer eine große Umfrage, da hat man auch die gefragt, die nicht Gemeindeglieder sind: Woran liegt's? Ich bin sehr gespannt, was dabei herauskommt.

Was wünschen Sie dem Zentralrat und den jüdischen Gemeinden für die nächsten 70 Jahre?

Ich wünsche mir, dass die Innenwahrnehmung – der Zentralrat als Bundesvereinigung für jüdisches Leben in Deutschland – auch nach außen prägender wird. Und dass wir nicht mehr über Antisemitismus sprechen müssen, weil es ihn nicht mehr gibt. Außerdem: Wir wissen nicht, wie die nächste Generation mit jüdischen Positionen umgehen wird. Ich wünsche mir, dass der Zentralrat in diesem Sinne nicht alt wird, sondern jung bleibt und diesen Positionen aufgeschlossen gegenübertritt. Da habe ich derzeit aber keine Sorge.